

Lichtenstein-Collberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Lageblatt für Hohndorf, Adlig, Bernsdorf, Risdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Raddorf, Ortmannsdorf, Nilsen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurn, Niedermüllern, Raddorf und Zirkheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr 67.

Verbreitete Zeitung
im Amtsgerichtsbezirk

61. Jahrgang.
Mittwoch, den 22. März

Hauptvertriebsorgan
im Amtsgerichtsbezirk 1911

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtagen nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Subskriptionspreis 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg. — Einzelne Nummern 10 Pfg. — Anzeigen nehmen außer der Geschäftszeit in Lichtenstein, Döblicher Straße Nr. 62, alle Sonntags Nachmittags, Postboten, sowie die Anzeigen entgegen. Anträge werden bis Freitagvormittag 10 Uhr für den darauffolgenden Samstag mit 15 Pfg. berechnet. Nachmittags 20 Pfg. Die amtliche Stelle kostet die zweifache Stelle 30 Pfg. — Fernsprechanzeige Nr. 7. — Inseraten-Annahme täglich bis Freitagvormittag 10 Uhr. — Telegramm-Adresse: "Tageblatt".

Im Handelsregister ist am 20. März 1911 die offene Handelsgesellschaft in Firma **Widisch & Hofmann in Nilsen St. Nicola** und als ihre Gesellschafter:

- Der Contorist **Paul Wilhelm Widisch**,
- Der Werkführer **Ewald Hofmann**
beide in Nilsen St. Nicola

eingetragen worden. Die Gesellschaft ist am 1. Januar 1911 errichtet worden.

Angebener Geschäftszweig: Betrieb einer mechanischen Weberei.

Königliches Amtsgericht Lichtenstein

Volks-Bibliothek Lichtenstein

ist geöffnet Sonntags von 11—12 Uhr, Mittwochs von 12—1 Uhr

Das Wichtigste.

* König Friedrich August reiste abends nach Lufcor weiter, wo er vom Donnerstag bis Sonntag verweilen wird, um sich dann nach Kairo zu begeben.

* Der Reichstag setzte gestern die Beratung über den Etat des Reichsamts des Innern in zweiter Lesung fort.

* Der am Sonntag in Krefeld ausgestiegene Ballon „Düsseldorf 4“ wurde in die Rieder See getrieben.

* Nachdem die streikenden Gießereiarbeiter und Zerkmer in Chemnitz Montag früh nicht zur Arbeit zurückgekehrt sind, ist in der Chemnitzer Metallindustrie die angekündigte Aussperrung (ca. 10 000 Arbeiter) erfolgt.

* Auf die Ergreifung des Lindener Frauenmörders Langer ist eine Belohnung von 100 Mark ausgesetzt worden.

* Anlässlich der römisch-katholischen Jubiläumsschönung wird ein Flug Paris-Rom geplant.

* Die Antwort der chinesischen Regierung auf die letzte Petersburger Note bewilligt die Hauptforderungen Russlands in vollem Umfang.

Regierungskrise in Italien.

Die Festimmung, welche mit dem Beginn der nationalen Jubiläumserfreulichkeiten ihren Einzug hielt, hat im Streit der parlamentarischen Gruppen noch keine vollständige Waffentruhe herbeigeführt. Am Sonnabend brachten die Radikalen und die Sozialisten in der Kammer den Antrag ein, der mit der Beratung des Wahlreformgesetzes befaßten Kommission einen Termin für die Ueberreichung ihres Berichtes zu bestimmen. Der Antrag ist damit begründet, daß die Antragsteller in der von der Kommission angenommenen Tagesordnung Bertolini die Absicht zu erkennen glauben, die Reform solle auf unbestimmte Zeit vertagt werden. Jene Tagesordnung erklärt eine „Gretel“ Ueberreichung des Berichtes nicht für angemessen, weil der gegenwärtigen Kammer ihre Autokratie nicht genommen werden sollte. Der Präsident der Kommission erwiderte, die Kommission sei nach Annahme der Tagesordnung Bertolini bereits in die Generaldiskussion über den Entwurf eingetreten und betrachte es als ihre Pflicht, der Kammer Gelegenheit zu geben, über das Gesetz zu beraten. Er hoffe, die Kammer werde für die Beendigung der Arbeiten der Kommission keinen Termin festsetzen. Barzilai und Ghimienti erklärten, die Regierung müsse für die von der Kommission angenommene Vertagung der Wahlreform verantwortlich gemacht werden.

Ministerpräsident Luzzatti wies den von Barzilai erhobenen Vorwurf zurück, daß die Regierung in der Frage der Wahlreform träge gewesen sei. Er halte eine Debatte über den Zeitpunkt der Ueberreichung des Berichtes für unwesentlich. Die Wahlreform müsse nur so erledigt werden, daß die neue Kammer auf Grund eines neuen Wohlgefühls gewählt werden könne. (Lebhafte Zustimmung.) Giolitti erklärte, es sei die Pflicht der Kammer, ein Gesetz zu schaffen, durch das das Stimmrecht erweitert werde. (Sehr lebhafter Zustimmung.) Da die Kommission den Entwurf so einbringen wolle, daß die neue Kammer auf Grund des neuen Gesetzes gewählt werden könne, so werde er jeder Tagesordnung zustimmen, die der Kommission das Vertrauen ausdrückt. Darauf wurde mit 265 gegen 70 Stimmen eine Tagesordnung Pozzi angenommen, in der die Kammer von den Erklärungen der Kommission Kenntnis nimmt. Diese Tagesordnung hat zu-

gleich die Bedeutung eines Vertrauensvotums für die Kommission.

Da die gegenwärtige italienische Regierung eine aus Vertretern aller Gruppen der Mehrheit gebildete Koalition-Regierung ist und die meisten Radikalen mit den Sozialisten eben das Vertrauensvotum gestimmt haben, haben die beiden radikalsten Minister ihre Demission und die offizielle Agentur Stefani veröffentlichte am Sonntag folgende Note: „Da die Mehrheit der radikalsten Deputierten in der Frage des Berichtes der Kommission für die Wahlreformfrage gestimmt in der Deputiertenkammer anders abgestimmt hat als das Kabinett, haben die Minister Sacco und Craxo dem Präsidenten des Ministerrates den Wunsch ausgesprochen, aus dem Kabinett auszutreten. Es folgte, da hat der Ministerpräsident unter dem Spruch Luzzatti einstimmig zu demissionen beschloffen. Luzzatti hat die Demission des Kabinetts Sonntag früh dem König überreicht, der sich Bedenkzeit vorbehielt. Das Kabinett, das vorläufig noch die laufenden Geschäfte erledigt, hat am Montag dem Senat und der Deputiertenkammer seine Demission mitgeteilt.“

In der stark besuchten Sitzung der Kammer am Montag erklärte Ministerpräsident Luzzatti in Gegenwart sämtlicher Minister, daß das Kabinett seine Demission eingereicht und daß der König sich eine Bedenkzeit vorbehalten habe. Die Kammer vertagte sich darauf auf unbestimmte Zeit. Luzzatti und die Minister begaben sich zum Senat, um ebenfalls ihre Demission bekanntzugeben.

Paris. Nach einer Depesche des „Matin“ aus Rom hat nach einer halbständigen Unterredung mit dem König, die im Laufe des gestrigen Abends stattgefunden, Giolitti angenommen, sich an der Neubildung des Kabinetts zu beteiligen. Der Monarch wird heute seine Unterredung mit bekannten politischen Persönlichkeiten zwecks Lösung der Krise fortsetzen.

Die Hamburger Spionageaffäre

nimmt immer größere Dimensionen an. Bisher sind fünf Personen, und zwar vier Männer und eine Frau, in Haft genommen unter der Beschuldigung, an dem Verrat im Lülcher Ghanische in Italien zu haben. Bereits vor mehreren Wochen hatte die politische Abteilung der Hamburger Polizeibehörde Kenntnis von dem Treiben einer weitverzweigten Spionagebande erhalten. Die ganze Angelegenheit wurde mobil gemacht, und die der Abteilung zugehörigen Beamten mußten Tag und Nacht Dienst tun. Da aber außer Hamburger auch Bremer Werten in Frage kamen, wurde die Bremer Polizei sofort verständigt, und auch diese mußte sich in entsprechender Weise mit der Sache befassen. Fortgesetzt waren Beamte der Polizei beider Städte auf Reisen, da die Spione immer zwischen Hamburg und Bremen hin- und herzogen und auch auf der Eisenbahn übertraut werden mußten. Die Beamten mußten sehr vorsichtig vorgehen. Am 11. März wurden in Hamburg sowohl als auch in Bremen die ersten Verhaftungen vorgenommen. Unmittelbar vorher war eine bedauerliche Indiskretion begangen worden, die den Haupttäter, einen Engländer, warnte und ihn veranlaßte, Deutschland schleunigst zu verlassen. In Frage kommen mehrere englische Untertanen, die sich Material der kürzlich vom Stapel gelassenen und der noch auf den Heiligen liegenden Kriegs-Hefe verschafft haben. Allem Anschein nach ist es ihnen gelungen, auch recht wertvolles Material zu erlangen. Die Leute, die ihnen das Material in die Hände spielten, sind Deutsche,

darunter sogar der Werkführer einer Werft in Hamburg. In Bremen wurden zwei Werftarbeiter und eine Frau verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis in Hamburg übergeführt. In Hamburg ist bisher außer dem Werkführer ein Werftarbeiter in Haft genommen worden. Der verhaftete Engländer war ein Schiffhändler (Austäufer von alten zum Abwracken bestimmten Schiffen) sein. Die Hauptschuldigen konnten sich leider rechtzeitig in Sicherheit bringen. Die Spionageangelegenheit spielt auch nach Dänemark hinüber, wohin mehrere der englischen Spione geflüchtet sein sollen und von wo aus sie auch einen Teil ihrer Operationen leisteten. Das Reichsgericht ist bereits verständigt worden, ebenso wird die Untersuchung auch vom Reichsmarineamt in Berlin geführt. Vorausichtlich werden noch mehrere Verhaftungen in dieser Sache vorgenommen werden.

Die Presse wird erst nähere Mitteilungen erhalten, wenn das Reichsmarineamt sein Gutachten veröffentlicht hat.

Deutsches Reich.

Dresden. (Ansprachen des Kultusministers.) Der mit dem Kriegsminister aus Anlaß von Prüfungen in der Königl. Unterrichts-Schule und Vorlesung in Meissen erziehende Kultusminister Dr. Beck leuchtete bei dieser Gelegenheit auch die dortige Volksschule und hierauf die Kirche. In der Schule sagte er auf eine Begrüßung des Bürgermeisters u. a., daß er gern alles tun werde, was zur weiteren Hebung der schulpflichtigen Volksschule, die es für immer als ihre Hauptaufgabe zu betrachten habe, die Kinder zu religiösen, ethischen Persönlichkeiten und zu echt vaterländisch gesinnten Staatsbürgern heranzubilden, erforderlich sei. In der Kirche erwiderte der Minister auf die Begrüßung aus geistlichem Munde u. a.: „Ich komme von der Schule, da war es mir ein Bedürfnis, an der Kirche nicht vorbeizugehen, und ich freue mich, unter den hier versammelten Herrn u. Kirchenvorstehern auch einige Lehrer wiederzusehen, die ich schon vorher in der Schule begrüßt habe. Das ist mir ein Beweis, für das enge Band, das Kirche und Schule, diese beiden größten Erziehungsmächte unseres Volkes, verbindet, und gibt mir einen frohen Ausblick auf die Zukunft. Jedenfalls bürgt mir die zum Ausdruck gebrachte Bestimmung dafür, daß hier unsere heiligsten Güter hochgehalten werden.“

Berlin. (Dem. u.) Die „Nord. Allg. Ztg.“ tritt den Gerüchten, wonach eine Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise mit dem Erzherzog Karl Franz Joseph bevorstehe, entgegen und bezeichnet sie als diesmal ebenso grundlos wie bei ihrem früheren Auftritte.

(Der Arbeitsplan des Reichstages.) Die in einer hiesigen parlamentarischen Korrespondenz zum Ausdruck kommende und von verschiedenen Zeitungen wiedergegebene Ansicht, die Verbündeten Regierungen legten auf die Verabschiedung des Schiffahrtsabkommens, der Revue zur Feuerordnung, des Hausarbeitergesetzes und der Strafprozessordnung, sei ein großer Wert mehr, ist unzutreffend. Die Verbündeten Regierungen legen im Gegenteil auf die Verabschiedung dieser Vorlagen nach wie vor den größten Wert und halten auch die Durchberatung des dem Reichstage vorzuliegenden Entwurfes eines Gesetzes über die Verlesung der Privatbeamten für dringend erwünscht.

(Mehrwahl im Zentrum.) Der lausitzische Zentrumsalgeordnete Dr. Heim, der Bauernvolk, ist nicht zufrieden mit der Behandlung, die man ihm in der Reichstagsfraktion des Zentrums seit 12 Jahren hat

huten
anks
und Frau.

laberg.
ten wir unseren
aus

und Frau.
Vereln
abends 1,9 Uhr

mlung.
esordnung wird
Der Vorstand.

undlicher,
erer Lieben
s unseren

huster

zeit,

gränis un-

at Kindern.